

Kreis Düren Seite der Dürener Nachrichten und der Dürener Zeitung vom 11.06.15

„Einkommensarmut“ ist ein Überschuldungsrisiko

Die **Schuldnerberatungen** im Kreis Düren beteiligen sich an einer bundesweiten Aktionswoche. Forderungskatalog.

Kreis Düren. Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und damit einhergehende Niedrigeinkünfte sind die Hauptursachen von Überschuldung. Überschuldung wiederum beschleunigt Jobverlust und verhindert Eintritte in Arbeit. „In Minijobs, bei Leiharbeit oder Teilzeitbeschäftigung wird oft besonders wenig verdient“, bilanzieren die Schuldnerberatungsstellen im Kreis Düren. Oft würden Beschäftigte zwischen Leiharbeit und „Hartz IV“ hin und her pendeln. Die zunehmende Einkommensarmut

stelle für immer mehr Menschen ein sehr hohes Überschuldungsrisiko dar. Bereits kleine Krisen oder unvorhergesehene Ereignisse können das finanzielle Gebäude der Haushalte mit Niedrigeinkommen zum Einstürzen bringen. Um auf diese Probleme aufmerksam zu machen, beteiligen sich die Beratungsstellen in Düren und Jülich an der bundesweiten Aktionswoche der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung vom 15 bis 19. Juni.

„Fast ein Viertel aller Beschäftig-

ten in Deutschland arbeiten im Niedriglohnsektor, wobei 2014 ein Stundenlohn unter elf Euro als Niedriglohn galt. Gerade für Familien mit Kindern ist der Mindestlohn von 8,50 Euro nicht existenzsichernd. Sie müssen ihr Einkommen mit Grundsicherungsleistungen aufstocken. Viele Ratsuchende in prekären Beschäftigungsverhältnissen gehören zu diesen Aufstockern, deren Zahl auch hier im Kreis Düren seit Jahren steigt“, berichten die Berater.

Die Arbeitsgemeinschaft

Schuldnerberatung erhebt daher unter anderem folgende sozial- und arbeitsmarktpolitischen Forderungen: Im Sozialgesetzbuch soll ein Anspruch auf Schuldnerberatung für Erwerbstätige festgeschrieben werden. Der Anteil an Energiekosten sei im Regelbedarf zu gering angesetzt, Energieschulden seien damit programmiert. An dieser Stelle bestehe Handlungsbedarf. Ratsuchende mit niedrigem Einkommen seien in der Regel nicht in der Lage, größere Reparaturen oder Anschaffungen ohne

Finanzierung oder Darlehen vom Jobcenter zu tätigen. Einmalige Beihilfen könnten eine Überschuldung verhindern.

Prekär Beschäftigte würden oft im Niedriglohnsektor arbeiten und hätten oft eine unterbrochene Erwerbsbiografie. Mögliche Konsequenz im Alter: Die Rente deckt den Lebensunterhalt nicht. Die Beratungsstellen fordern daher, dass die Leistungen der Schuldnerberatung für diese wachsende Zielgruppe bei der Finanzierung Berücksichtigung finden muss.